

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Briefporto 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Beleggeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4506. — **Postfachkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
**Telegramm-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
Telephon 18093. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4506

**Insertenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelspalte oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorkauf 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelspalte 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die folgende Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Ausräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

### Die Verteilung der Delegierten zum Parteitag.

Zentralkomitee, Beirat und Kontrollkommission haben am 24. September in einer gemeinsamen Sitzung auf Grund der von den Bezirken vorgelegten Abrechnungen und entrichteten Beträge die Delegierten verteilt. Von einem Bezirk sind die restierenden Beiträge erst nach dem Termin entrichtet worden, so daß hier nur ein Pflichten-delegierter angeteilt werden konnte. Dasselbe trifft einige Bezirke, die in den vorherigen Quartalen ihre Verpflichtungen nicht voll erfüllt haben.

Es erhalten:

Baden	1	Deleg.	Mittelrhein	5	Deleg.
Bayern	15	"	Niederrhein	51	"
Bremen	9	"	Oberdeutschl.	1	"
Brandenburg	58	"	Sachsen	1	"
Braunschweig	8	"	Sachsen	13	"
Danzig	1	"	Oldenb.-Ostfriesland	3	"
Chemnitz	1	"	Preußen i. B.	3	"
Dresden	12	"	Pommern	8	"
Frankfurt a. M.	13	"	Schleswig-Holstein	9	"
Halle	42	"	Sachsen	20	"
Hannover	5	"	Westfalen	1	"
Hessen-Rudol.	2	"	Westfalen	24	"
Hamburg	1	"	Westpreußen	2	"
Leipzig	55	"	Württemberg	9	"
Magdeburg	6	"	Saaten	2	"
Mecklenburg	1	"			

### Die deutsche Ausfuhr 1919 und 1920.

Berlin, 27. September. (Eigene Drahtmeldung der L. B.). Auf der in Brüssel tagenden Finanzkonferenz sind auch für das deutsche Publikum bedeutsame Angaben gemacht worden, so werden von der Außenhandelsstatistik des Reiches die monatlichen Einfuhren für das Jahr 1919 und für die ersten fünf Monate des Jahres 1920 bekanntgegeben. Das Jahr 1919 zeigt danach eine Ausfuhr von 10 Milliarden, eine Einfuhr jedoch von 32 Milliarden, so daß sich ein Einfuhrüberschuß von 22 Milliarden M. ergibt. Das erste Vierteljahr 1920 zeigt folgende Zahlen:

Januar: Einfuhrüberschuß	3,3 Milliarden M.
Februar:	1,7 " "
März:	1,5 " "

Vom April an machte sich die Erhöhung der Ausfuhr bemerkbar. Der April zeigt einen Ausfuhrüberschuß von 576 Millionen M., der Mai einen solchen von 1,1 Milliarden M.

Es fragt sich, ob diese Aufwärtsbewegung der Ausfuhr angehalten hat, aus dem noch sehr lückenhaften Material lassen sich noch keine irgendwie blühenden Schlüsse ziehen.

### Longuet gegen das Moskauer Diktat.

London, 25. September. (Havas.) Freitagabend hat in der ersten Konferenz der Unabhängigen Arbeiterpartei in London der französische Sozialistenführer Longuet gesprochen und ausgesprochen, daß er in der 2. Internationale keine Hoffnung mehr sehe, daß es aber den französischen und englischen Arbeitern auch nicht möglich sei, der 3. Internationale beizutreten, solange die Russen darauf beständen, großen Ländern, wie Frankreich, England und Deutschland, Grundzüge und Methoden aufzuzwingen, wie sie während einer Revolution angewendet würden.

### Die italienischen Arbeiter für die Räumung der besetzten Fabriken.

Mailand, 23. September. (Stefani.) Gestern Abend beendigte der Metallarbeiterverband seine Sitzungen; mit 118 gegen 18 Stimmen wurde eine von Buozzi eingebrachte Tagesordnung angenommen, welche die Vereinbarungen gutheißt und dem Ausschuss erneutes Vertrauen ausspricht. Die Tagesordnung wird einer allgemeinen Abstimmung der Arbeiter unterliegen.

London, 24. September. (L. U.) Die Times vernehmen aus Turin: Die Arbeiter der besetzten Fabriken stimmten gestern über die Annahme oder Ablehnung des mit der Regierung geschlossenen Vergleiches ab. Die Abstimmung ergab, daß 334 Fabriken für und 17 gegen die Annahme waren.

Rom, 25. September. (Stefani.) Nach Messagero haben bei der allgemeinen Betriebsabstimmung über die in Rom getroffenen Vereinbarungen in Mailand 27 Fabriken für und drei gegen die Gutheißung der Vereinbarungen gestimmt. In Genua ergab sich in mehreren Fabriken eine Mehrheit für die römischen Abmachungen; das gleiche zeigte sich in Florenz und Ancona. Gemäß der getroffenen Vereinbarung räumten in Mailand die Arbeiter die Fabrik Pirelli, die sie besetzt hatten. Die Weberereien würden ihren Eigentümern wieder zur Verfügung gestellt. Der Mailänder Präfeld arbeitet in Gemeinschaft mit den Vertrauensmännern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer an der Feststellung genauer Ausführungsbestimmungen zu den in Rom getroffenen Vereinbarungen.

Neapel, 26. September. Die große Mehrheit der hiesigen Arbeiterchaft hat das Abkommen von Rom angenommen.

Als arbeitswillige Arbeiter die radikalen Elemente, die die Fabrik Rettuno noch besetzt hielten, aufforderten, die Fabrik zu räumen, kam es zu Zwischenfällen, in deren Verlauf einige Gewerkschaften gewaltsam wurden. Polizei stellte die Ordnung wieder her. Die roten Fahnen auf der Fabrik wurden eingezogen.

## An die Partei!

Parteilgenossen und Genossinnen!

„Ein in der Geschichte der Arbeiterbewegung unerhörtes Geschehnis zwingt uns, die Parteigenossenschaft aufzurufen. Vier Mitglieder des Zentralvorstandes veröffentlichten in der Zeitung einer andern Partei einen Aufruf direkt „an die Parteimitglieder“, Angehörige der Parteileitung benutzen die Rote Fahne, um zu den Mitgliedern unserer Partei zu sprechen. Das ist der Gipfel!

Bar allen Parteigeistlichen sehen Mitglieder des Zentralkomitees mitten in der jetzigen Parteilkrise unsere Partei der denkbar stärksten Belastungsprobe aus. Immer war Grundfah, Parteifragen nur in Parteizeitungen zu erörtern. Jetzt verstoßen eine Vorsitzender der Partei und drei Mitglieder des Zentralkomitees sogar gegen diesen ganz selbstverständlichen Grundsatz, dessen Verletzung für jedes einfache Parteimitglied Ausstoßung aus der Partei zur Folge gehabt hätte.

Der Beschluß des Zentralvorstandes, den Parteitag nicht erst im November, und auch nicht, wie ursprünglich beschlossen, am 24. Oktober, sondern schon am 12. Oktober stattfinden zu lassen, hat die Unterzeichner des Aufrufs, wie sie sagen, in die Öffentlichkeit getrieben. Sie behaupten, wir wollten durch die Verlegung des Parteitags den Willensausdruck der Mitgliedschaften verfälschen, indem wir mit allen Mitteln der Ueberumpelung versuchten, uns für den kommenden Parteitag noch eine gefügige Mehrheit zu verschaffen. Eine lächerliche Behauptung! In Wahrheit hat nur die Sorge um die uns anvertraute Partei uns veranlaßt, den Parteitag schon für den 12. Oktober einzuberufen. Der Streit um die 3. Internationale ist auf den Höhepunkt gelangt. Ueberall in der Partei tobt der Kampf um die Anknüpfungsbedingungen. Die wichtigsten Aufgaben muß die Partei unerfüllt lassen, weil die Parteiorganisation durch den Parteistreit völlig lahmgelegt ist. Ebenjowenig kann die Fraktion mit der nötigen Geschlossenheit und mit der nötigen Autorität den Kampf mit den Gegnern im Parlament führen. Ja der Parteileitung selbst ist ein parteigenössliches Arbeiten überhaupt nicht mehr möglich.

Wenn es dafür noch eines Beweises bedürfte, so würden ihn die vier Vorstandsmitglieder durch Veröffentlichung ihres Aufrufes erbracht haben. So verfahren Männer, denen von den Parteigenossen die Leitung der Partei anvertraut ist! Parteivorstandsmitglieder, die so mit der Partei unverspringen, gehören nicht mehr in die Partei, geschweige denn in die Parteileitung.

Unter solchen Umständen können wir es vor der deutschen Arbeiterschaft, deren Interessen uns anvertraut sind, nicht veranlassen, die Entscheidung über die Moskauer Bedingungen länger als unbedingt nötig hinauszuschieben. Die Genossen sind mit ihrem Urteil über die Streitfrage fertig. Aus vielen Orten wird berichtet, daß die Genossen Referenten und Korreferenten über den Anknüpf an die 3. Internationale gar nicht mehr hören wollen, daß sie auch von langen Diskussionen Abstand nehmen und auf Entscheidung drängen. Von einer Ueberumpelung kann also keine Rede sein.

Es heißt die Masse unserer Parteimitglieder sehr tief einschätzen, wenn man meint, daß sie noch immer nicht über den Inhalt der Moskauer Bedingungen aufgeklärt sind.

Auch die große Mehrheit des Beirats und der Kontrollkommission hat sich auf den Standpunkt des Zentralkomitees gestellt und die Einberufung des Parteitags auf den 12. Oktober gebilligt. Damit haben sich auch die Vertreter der Genossen im Lande auf unsern Standpunkt gestellt.

In dem Aufruf wird behauptet, wir, „die reformistische und opportunistische Rechte der Partei“, hätten uns in unsern sachlichen Argumenten so schwach, daß wir schon im voraus die Diskussion über die Internationale auf die organisatorische Frage verschoben hätten. Gegen diese Behauptung protestieren wir aufs energischste! Wir weisen es weit von uns, Reformisten und Opportunisten zu sein. Wir lassen uns in der Ablehnung des Reformismus und des Opportunismus, in der schärfsten Vertretung der Idee des revolutionären Sozialismus von niemand übertreffen, am allerwenigsten von den Unterzeichnern des Aufrufs. Nicht wir haben die organisatorische Frage in den Vordergrund geschoben, sondern die, die diese Bedingungen diktiert, und dabei bei Dummig und Stöcker nicht nur nicht Widerstand, sondern sogar Unterstützung gefunden haben.

Die Unterzeichner des Aufrufs fragen: „Wollen wir eine klare, reine, revolutionäre Massenpartei werden? Wollen wir deshalb also die Diktatur des Proletariats mit allen Mitteln

als Kampfbild anstreben? Wollen wir eine starke, straffe Internationale der wahrhaft revolutionären Parteien aller Länder?“

Darauf antworten wir: Jawohl, das wollen wir! Darüber gibt es in der ganzen Partei gar keinen Streit. Es ist eine völlige Verschiebung der Frage, auf die es ankommt, wenn so getan wird, als ob über diese Frage eine Meinungsverschiedenheit unter uns bestünde. Wir protestieren gegen diesen Vertuschungsversuch. Wir wehren uns dagegen, daß die Arbeiter über die Tragweite ihrer Beschlüsse getäuscht werden, die über die Zukunft der ganzen Bewegung entscheiden.

In Wahrheit handelt es sich nicht um die Frage: Wollen wir den Anknüpf an Moskau? Die von der USG. zu beantwortende Frage lautet vielmehr: Wollen wir unter den 21 Bedingungen den Anknüpf an die 3. Internationale vollziehen? Wollen wir die Selbstständigkeit der Partei und das Selbstbestimmungsrecht ihrer Mitglieder erhalten, oder wollen wir es preisgeben? Nur das Selbstbestimmungsrecht der Massen bietet Schutz gegen sektenhaftes Erstarren. Nur ihre aktive Selbstbetätigung gibt Gewähr für den Sieg in unserm revolutionären Kampfe.

Die Unterzeichner des Aufrufs behaupten ferner, wir hätten jede sachliche Klärung der Streitfrage dadurch verhindert, daß wir es abgelehnt hätten, einen Vertreter des Moskauer Exekutivkomitees zu unserm Parteitag einzuladen, um über die verschiedenen Auslegungen der Ausnahmebedingungen Auskunft zu geben. Allerdings haben wir das abgelehnt, wie wir überhaupt abgelehnt haben, zu diesem Parteitag Vertreter anderer ausländischer Parteien einzuladen. Die Ablehnung ist aber nicht erfolgt, weil wir es als unsere Partei unwürdig erklärten, diese Exekutive, die uns solche Ausnahmebedingungen gestellt hat, zu einem solchen Parteitag einzuladen. Bestimmend war vielmehr für uns, daß die Bedingungen klar und eindeutig sind und einer Auslegung nicht bedürfen. Jeder Parteigenosse kann ohne weiteres Sinn und Bedeutung der Bedingungen erkennen.

Schließlich warnt der Aufruf vor dem „heuchlerischen Gerede der rechten Führer über die Spaltung“. Ja, haben wir denn nicht allen Grund, die Gefahr der Spaltung den Parteigenossen vor Augen zu führen? Kann denn wirklich jemand noch die Größe dieser Gefahr verkennen? Auch hierfür haben die Unterzeichner des Aufrufs den schlüssigsten Beweis geliefert, indem sie mit den Kommunisten Hand in Hand arbeiten, Erklärungen gegen ihre Kollegen in einer kommunistischen Parteizeitung veröffentlichen, der kommunistischen Presse ihre Geheimkorrespondenz zufließen und selbst eine „Kommunistische Rundschau“ gegründet haben. Die Unterzeichner des Aufrufs haben bereits eine Partei in der Partei geschaffen. Jetzt, wo sie sich bei diesem parteischädigenden Treiben ertappt sehen, wollen sie den Eindruck erwecken, als ob eine Spaltung der Partei nicht in den Bereich der Möglichkeit gerückt wäre.

Parteilgenossen und Genossinnen! Laßt Euch nicht täuschen! Darin haben die Unterzeichner des Aufrufs recht: es geht um das Schicksal unserer revolutionären Partei, um das Schicksal der Revolution!

Nur die Stärke der revolutionären Bewegungen in den einzelnen Ländern ermöglicht eine Internationale der Tat.

Im Interesse der deutschen, im Interesse der russischen Revolution, im Interesse der Zukunft der Internationale lehnen wir die Moskauer Bedingungen ab. Die revolutionären Aufgaben der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei sind noch nicht erfüllt, und deshalb muß die USG. bestehen bleiben. Nicht Schwächung und Spaltung, sondern Stärkung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der einzigen revolutionären, sozialistischen Massenpartei Deutschlands ist Gebot der revolutionären Politik und proletarische Pflicht! Deshalb müssen die Bedingungen, deren Annahme die Spaltung der Partei bedeutet, abgelehnt werden.

Parteilgenossen und Genossinnen!

Wollt Ihr, daß unsere Bewegung aus der schweren Krise ungeschwächt hervorgeht, wollt Ihr, daß Eure Partei die großen Kämpfe, vor denen wir stehen, siegreich durchführt, so haltet Euch um die Fahne der Partei!

Schützt die Partei! Laßt Euch Eure Waffen im Befreiungskampf des Proletariats nicht zerbrechen!

Berlin, den 25. September 1920.

Crispian, Dittmann, Künstler, Moses, Kemig, Rosenfeld, Luise Zick.